

ABSTIMMUNGS ZEITUNG

zentral
urban
natürlich Olten

Urnenabstimmung vom 4. März 2018



FACHSTELLE FÜR KULTUR

Das Oltnere Gemeindeparlament hat im vergangenen September der Volksinitiative «Fachstelle Kultur für Olten» zugestimmt und den Stadtrat verpflichtet, eine konkrete Vorlage auszuarbeiten. Die Umsetzung in Form einer 60%-Stelle mit Kosten von 78'000 Franken pro Jahr lehnte es dann aber im vergangenen Dezember ab. Somit hat das Volk das letzte Wort. Der Stadtrat empfiehlt die Schaffung einer Fachstelle Kultur als nicht prioritär zur Ablehnung.

VOLKSINITIATIVE «FACHSTELLE KULTUR FÜR OLTEN»

Am 30. März 2017 wurde folgende Initiative «Fachstelle Kultur für Olten» amtlich publiziert:

«Der Stadtrat von Olten wird beauftragt, eine städtische Fachstelle Kultur einzurichten und dem Parlament die notwendigen Ressourcen zu beantragen.»

Begründung:

Kulturpolitik ist gemäss dem Kulturförderungskonzept von 2004 eine der Kernaufgaben der Stadt Olten. Das Konzept legt fest, dass die öffentliche Hand das kulturelle Schaffen in Stadt und Region Olten unterstützen und fördern soll.

Das Kulturförderungskonzept von 2004 formuliert sechs Leitsätze zur städtischen Kulturpolitik. Auszug aus dem dritten Leitsatz: 'Die Einwohnergemeinde stellt mit Unterstützung der Regionsgemeinden und des Kantons für die Umsetzung der Zielsetzungen notwendige personelle und finanzielle Ressourcen und Dienstleistungen zur Verfügung.'

Ebenfalls im November 2004 genehmigte der Stadtrat den Bericht 'Kultur in Olten'; das Parlament hat daraufhin vom Bericht zustimmend Kenntnis genommen. Integraler Bestandteil dieses Berichts ist der Massnahmenplan.

Eine der Massnahmen erster Priorität lautet. 'Fachstelle für Kultur schaffen'. Bisher konnte diese Massnahme nicht realisiert werden.

Für die Wahrnehmung der städtischen Aufgaben in Kulturförderung, z.B. Bereitstellen von Organisationshilfen, Koordination, Entwicklung, Beratung des Stadtrates sowie Information der Öffentlichkeit sind die zeitlichen und fachlichen Ressourcen klein. Die Stadtkanzlei muss diese Aufgaben nebenher wahrnehmen.

Zudem wird als Folge der vom Stimmvolk genehmigten Teilrevision der Gemeindeordnung die Kulturförderungskommission per Ende Juli 2017 aufgehoben. Sie hatte bisher die Aufgabe, die städtischen Förderpreise für Kultur zu beantragen und den Stadtrat hinsichtlich Förderung des kulturellen Schaffens zu beraten.»

Die 60-tägige Sammelfrist endete am 29. Mai 2017. Fristgerecht wurden der Stadtkanzlei die Unterschriftenbogen am 23. Mai 2017 eingereicht.

Der Stadtrat stellte dem Gemeindeparlament in der Folge den Antrag, die in der Form einer Anregung eingereichte Volksinitiative abzulehnen. Er betonte zwar, er erachte die Mehrzahl der erwähnten Aufgaben im Kulturbereich durchaus als sinnvoll. Daher seien sie ja auch schon 2004 im Kulturbericht erwähnt worden und würden viele von ihnen durch verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung auch wahrgenommen. Auch die Zusammenfassung dieser Aufgaben in einer von den Initiantinnen und Initianten gewünschten Fachstelle Kultur wäre durchaus wünschenswert. Dies würde aber aufgrund der kleinteiligen Aufteilung nicht zu pensenrelevanten Entlastungen führen, welche die neugeschaffenen Stellenprozente kompensieren würden.

Hinzu komme, dass andernorts im Kulturbereich und in der Gesamtverwaltung ein Bedarf nach zusätzlichen Ressourcen besteht. Zu beachten sei ferner, dass die Finanzsituation nach wie vor angespannt sei und der Aufwand in der laufenden Rechnung weiterhin möglichst gering gehalten werden sollte, um die Selbstfinanzierung zugunsten von Investitionen hoch zu halten. Als nicht sinnvoll beurteilte der Stadtrat mit dieser Ausgangslage die Einführung einer neuen Hierarchiestufe im Kulturbereich durch ein «Amt für Kultur», auch wenn sie die Direktionsleitung Präsidium etwas entlasten würde. Der Stadtrat bezeichnete daher die Fachstelle Kultur als «nice to have» und empfahl dem Gemeindeparlament die Volksinitiative «Fachstelle für Kultur in Olten» zur Ablehnung.

Das Gemeindeparlament ist jedoch an seiner Sitzung vom 28. September 2017 mit 19:17 Stimmen der ablehnenden Empfehlung des Stadtrates zur Volksinitiative «Fachstelle für Kultur für Olten» nicht gefolgt, sondern hat diesen verpflichtet, eine konkrete Vorlage auszuarbeiten. Diese Vorlage, die im Folgenden vorgestellt wird, wurde an der Sitzung vom 14. Dezember 2017 dem Parlament unterbreitet, welches sie mit 18:16 Stimmen bei 4 Enthaltungen ablehnte. Da es sich um die Umsetzung einer Volksinitiative handelt, hat nun das Stimmvolk an der Urne das letzte Wort.

Situation in «vergleichbaren» Städten

Im Vorfeld der ersten Behandlung im Gemeindeparlament wurden verschiedene, mehr oder weniger vergleichbare Gemeinden zum Thema Kultursekretariat/Kulturfachstelle angefragt. Die eingegangenen Antworten zeigen deutliche Unterschiede bei der Ausrichtung und der Stellendotierung auf: Die Aufgaben reichen von administrativen Dienstleistungen, teils rein intern für eine Kulturkommission, über Fachstellenkompetenz im Bereich Kultur bis hin zu einem eigentlichen Amt für Kultur mit Leitungsfunktion im Kulturbereich.

Vorlage vom Dezember 2004 im Gemeindeparlament

Schon im Dezember 2004 hatte der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Schaffung einer Fachstelle für Kultur mit einem Pensum von 50% beantragt. Der damalige Antrag basierte auf den Erkenntnissen des Berichts «Kultur in Olten». Diese stützten sich ihrerseits auf Ergebnisse einer Umfrage für den Kulturbericht, wo 25% der Teilnehmenden an der Publikumsumfrage, 28% der

teilnehmenden Kulturschaffenden und 19% der teilnehmenden Kulturveranstalter eine Kulturstelle als kulturelle Aufgabe der Stadt bezeichneten. Andererseits wiesen auch Erfahrungen aus dem damaligen Tagesgeschäft auf Lücken in den Bereichen interne und externe Vernetzung, Koordination, Werbung für Kulturstandort, einheitlicher Veranstaltungskalender usw. hin. Als Zielsetzungen für die neue Stelle wurden denn auch interne und externe Koordination im Bereich Kultur, Umsetzung der im Kulturbericht aufgezeigten notwendigen Massnahmen, Entlastung im Kulturbereich des Leiters Direktion Präsidium und Zurverfügungstellen von Managementinstrumenten für die städtischen Kulturinstitutionen und allenfalls für Dritte genannt.

Die Vorlage wurde im Gemeindeparlament am 7. Dezember 2004 punkto Bedarf und Ausrichtung – Kulturadministration oder «Amtsleitung» – sehr kontrovers diskutiert. Unterstrichen wurde insbesondere, dass die städtischen Kulturbetriebe in ihrer Autonomie durch die neue Stelle nicht beeinträchtigt werden dürften. Zudem wurde im Vorfeld der damaligen Neuorganisation (fünf statt sieben Direktionen) eine Gesamtsicht über den Bedarf von neuen Stellen oder Pensenerhöhungen für die Gesamtverwaltung vermisst. Mit 21:14 Stimmen wurde daher Nichteintreten beschlossen.

Der Stadtrat verzichtete aufgrund der sehr uneinheitlichen Ausgangslage und angesichts von Stellenbedarf an der Front in der Folge auf eine erneute Vorlage.

Rechtliche Grundlagen

Aufgrund der Aufhebung der Kulturförderungskommission beantragte der Stadtrat dem Gemeindeparlament eine Teilrevision des Reglements über die Förderung des kulturellen Schaffens in Stadt und Region Olten (SRO 141.2), welches im Wesentlichen die Kompetenzen der früheren Kulturförderungskommission an den Stadtrat delegierte und von der Legislative an der Sitzung vom 23. März 2017 einstimmig genehmigt wurde. Dabei wurde auch festgehalten, dass für die Verleihung von Kulturpreisen, wie sie gegen Ende jeder Legislaturperiode stattfindet, jeweils mit diesem Auftrag befristet Fachexperten beigezogen werden sollen. Unverändert blieben die Richtlinien für die finanzielle Unterstützung kultureller Aktivitäten (SRO 141.1).

Personelle Ressourcen

Von den Aufgaben, die in der Volksinitiative aufgezählt werden und in den Pflichtenheften anderer Gemeinden figurieren, werden viele heute schon in der Stadtverwaltung Olten – auch nach der Auflösung der Kulturförderungskommission – abgedeckt, wenn auch nicht in einer Person vereint. So ist die Stadtkanzlei für die Administration der Kulturförderung und die Bearbeitung von Gesuchen, die Information der Öffentlichkeit und – in Zusammenarbeit mit der Abteilung Ordnung und Sicherheit – für den Veranstaltungskalender und die Organisation städtischer Anlässe zuständig. Der Bereich Gewerbe befasst sich mit Bewilligungen für Veranstaltungen und dem Plakataushang und das Kunstmuseum bewirtschaftet die städtische Kunstsammlung. Die Direktionsleitung Präsidium erarbeitet Leistungsvereinbarungen mit Kulturveranstaltern und für die städtischen Kulturpreise soll jeweils eine Jury aus Fachexperten eingesetzt werden.

Als Ansprechstelle fungieren die Stadtkanzlei und insbesondere der Stadtschreiber/Leiter Direktion Präsidium, der auch den Austausch mit den kantonalen Stellen (Amt für Kultur, Denkmalpflege/ Archäologie) für übergeordnete Fragen pflegt; die Leitungen der städtischen Kulturbetriebe übernehmen diesen Austausch für ihre spezifischen Belange selber. Koordinierende Funktion für Veranstalter übernimmt ferner auch Region Olten Tourismus mit seiner Anlaufstelle Olten Info, die beispielsweise über vorhandene Räumlichkeiten Auskunft geben kann.

Parlamentsvorlage vom 14. Dezember 2017

Der Stadtrat hatte gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung aufgrund des Parlamentsentscheids vom 28. September 2017 über die Volksinitiative als Anregung innert Jahresfrist einen ausgearbeiteten Entwurf vorzulegen. Aufgrund der Eingaben der Initianten, der Ergebnisse der Umfrage bei andern, vergleichbaren Gemeinden und aufgrund einer internen Bedarfsanalyse vertrat der Stadtrat die Ansicht, dass im Falle eines Umsetzungsauftrags durch das Gemeindeparlament oder das Volk folgende Leitplanken zur Ausrichtung gesetzt werden sollten:

- **Fachstelle**, nicht «Amt für Kultur»: Im Vordergrund steht die Knowhow-Trägerschaft intern und gegen aussen und nicht die Schaffung einer zusätzlichen Hierarchiestufe – auch wenn ausschliesslich die Unterstellung der städtischen Kulturinstitutionen unter die neue Stelle zu einer Entlastung der Direktionsleitung führen würde.
- **Stellendotierung mindestens 60%**, damit genügend Präsenz als Anlaufstelle besteht.

Finanzielle Auswirkungen

Die Einstufung der Fachstelle Kultur mit dem städtischen Lohnsystem ergab eine Einordnung in Lohnklasse 21. Die Lohnkosten für ein 60%-Pensum mit angenommenem Alter 35 betragen rund Fr. 78'000.- jährlich (inkl. 20% Sozialleistungen). Hinzu kommen teils einmalige, teils wiederkehrende Arbeitsplatzkosten (Büroeinrichtung, EDV, Büromaterial, etc.) sowie in der Höhe nicht voraussehbare Kosten durch neue Tätigkeiten und Projekte, welche die Fachstelle dank ihrer Ressourcen durchführen kann.

Aufgrund der heutigen Aufteilung der Aufgaben führt deren Zusammenführung nicht zu pensenrelevanten Entlastungen, welche im Gegenzug die neugeschaffenen Stellenprozente kompensieren würden. Hinzu kommt, dass Aufgaben intensiver oder neu ausgeführt werden, so dass der Gesamtetat der Stellen in der Stadtverwaltung um die neuen Stellenprozente aufgestockt werden muss.

Stadtrat und Parlament empfehlen Ablehnung

Der Stadtrat hält an seiner schon bei der Behandlung der als Anregung formulierten Volksinitiative geäusserten Meinung fest, dass die Wahrnehmung sämtlicher aufgezählter Aufgaben im Kulturbereich durchaus sinnvoll wäre. Daher wurden diese ja auch schon 2004 im Kulturbericht erwähnt und werden viele von ihnen durch verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung auch wahrgenommen. Auch die Zusammenfassung dieser Aufgaben in einer von den Initiantinnen und Initianten

geforderten Fachstelle Kultur wäre durchaus wünschenswert, würde aber wie gesagt nicht zu pen-
senrelevanten Entlastungen von anderen Stellen führen.

Einer Umsetzung des Anliegens der Initianten steht indessen nach Ansicht des Stadtrates entgegen,
dass die personellen Ressourcen in der Stadtverwaltung, nicht nur wegen des erfolgten Personal-
abbaus im Rahmen der Sparmassnahmen, sondern auch wegen wachsender Bedürfnisse in einer
wachsenden Stadt, knapp sind. Daher stösst in vielen Bereichen die Aufgabenerfüllung an Grenzen,
sowohl im Kulturbereich selber wie auch in der Gesamtverwaltung. So ist etwa die Personaldecke
bei allen städtischen Kulturinstitutionen, sowohl bei den Museen wie auch bei den Bibliotheken,
sehr eng und besteht somit Bedarf nach zusätzlichen Personalressourcen an der Front. Als Beispiele
seien erwähnt, dass die gerne kritisierten Öffnungs- bzw. Schliessungszeiten der Stadtbibliothek
nicht ohne personelle Aufstockung verändert werden können und dass bei den Museen interne
Stellen in den Bereichen Technik und wissenschaftliche Mitarbeit sogar kostengünstiger sein könn-
ten als externe Aufträge. Dem steht aber die Zielsetzung von Stadtrat und Gemeindeparlament
entgegen, die Personalkosten nicht ansteigen zu lassen. Gerade im Bereich Kultur klafft die Lücke
zwischen den zur Verfügung gestellten Ressourcen und den geforderten Ergebnissen nicht erst seit
den Sparmassnahmen, seither aber noch in verstärktem Masse auseinander, was auch zu einer zu-
nehmenden Belastung für die bestehenden Beschäftigten führt.

Aber auch in der übrigen Verwaltung besteht ein Bedarf nach zusätzlichen Kapazitäten, der sich
bereits auf den Antrag für das Budget 2018 auswirkte, von der Jugendarbeit über die Integration
und den Werkhof bis hin zur Stadtplanung (Ortsplanungsrevision mit den Schwerpunkten Verdich-
tung und Höherbauen) und zur Sozialregion. Auch im Bereich Kommunikation/Information und in
weiteren Bereichen wären zusätzliche Ressourcen notwendig, wollte man die in der Öffentlichkeit
zahlreich geäusserten Ansprüche alle erfüllen. Dem steht entgegen, dass die Finanzsituation nach
wie vor angespannt ist und der Aufwand in der laufenden Rechnung weiterhin möglichst gering
gehalten werden sollte, um die Selbstfinanzierung zugunsten von Investitionen hoch zu halten.

In einer Gesamtbetrachtung empfahl der Stadtrat im Sinne einer konsequenten und kohärenten
Politik daher dem Gemeindeparlament im vergangenen Dezember, die Schaffung der in Erfüllung
der Volksinitiative aufgezeigten Fachstelle Kultur abzulehnen. Das Gemeindeparlament folgte dieser
Empfehlung und lehnte die Vorlage mit 18:16 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

Parlamentsbeschluss

1. Die Schaffung einer Fachstelle Kultur (60% in Lohnklasse 21) per 1. Januar 2019 mit wieder-
kehrenden Besoldungskosten von jährlich ca. Fr. 78'000.- wird zur Ablehnung empfohlen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Namens des Gemeindeparlaments der Stadt Olten

Der Präsident: Rudolf Moor

Der Stadtschreiber: Markus Dietler

4600 Olten, 14. Dezember 2017

Konkret legte der Stadtrat dem Gemeindeparlament folgendes Stellenprofil vor:

Bezeichnung	Fachstelle Kultur
Stellendotierung	60%
Zuständige Direktion	Präsidium
Vorgesetzte Stelle	Direktionsleitung Präsidium
Aufgaben	<p>Interne Knowhow-Trägerschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> · Beratung des Stadtrates und der Direktionsleitung in allgemeinen Kulturfragen und Umsetzung der städtischen Kulturpolitik · Prüfung von Unterstützungsgesuchen von Kulturprotagonisten · Verankerung des Themas Kultur in der Stadtverwaltung · Ausarbeitung von Leistungsvereinbarungen mit Unterstützungsempfängern · Interne Zuständigkeit für Kunst im öffentlichen Raum <p>Anlaufstelle für Externe (Veranstaltende, Kulturschaffende)</p> <ul style="list-style-type: none"> · Beratung und Unterstützung (Formulierung von Gesuchen, Suche nach Lokalitäten) · Bereitstellen von Organisationshilfen (Wegleitungen, Formulare, Inventare für Infrastruktur) <p>Vernetzung und Kommunikation</p> <ul style="list-style-type: none"> · Pflege des Veranstaltungskalenders · Kontaktpflege mit Kulturveranstaltenden und Kulturschaffenden (Veranstaltungsbesuche, Organisation Vernetzungsanlässe) · Kontaktpflege mit andern Fachstellen im Kulturbereich <p>Projektarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> · Überarbeitung Kulturkonzept · Umsetzungsprojekte
Anforderungen	<ul style="list-style-type: none"> · Höhere Ausbildung in den Bereichen Kulturwesen und Management (vorzugsweise MAS Kulturmanagement) · Erfahrung in Kulturmanagement und Kommunikation · Interesse über alle Kultursparten hinweg · Hohe Flexibilität und Einsatzbereitschaft

Dies sind die Argumente der Initiantinnen und Initianten:

Das Initiativkomitee «Fachstelle Kultur für Olten» ist sehr erfreut darüber, dass der Oltner Stadtrat zum gleichen Schluss kommt und die Fachstelle als sinnvoll erachtet. Damit ist er konsequent, denn diese Haltung hatte er bereits in seinem Kulturkonzept von 2004 vertreten. Die Schaffung der Fachstelle Kultur war schon damals eine Massnahme erster Priorität. Dank der Volksinitiative kann es nun vorwärts gehen. Auch das Parlament hat im ersten Anlauf der Initiative zugestimmt und die Details ausarbeiten lassen. Die einzige Differenz, die noch besteht, liegt in der Frage, ob sich die Stadt Olten diese Aufgabe jetzt leisten kann.

Wir kommen zum Schluss: Ja, Olten kann und muss es sich leisten. Die Steuererträge der Stadt sind in den letzten zwei Jahren um mehrere Millionen Franken höher als budgetiert ausgefallen. Kein Wunder, denn Olten wächst: Es ziehen gute Steuerzahlerinnen und -zahler her. Sie und alle anderen wollen eine aktive Kulturstadt Olten. Vor allem aber braucht Olten nach Jahren des Abbaus und der Kürzungen jetzt, 2018, eine neue Zuversicht, eine Vorwärtsdynamik! Die Initiative hilft mit, dieses Schwungrad anzustossen.

Warum braucht es die Fachstelle Kultur, wo doch das kulturelle Schaffen in Olten derart reichhaltig ist? Kein Zweifel: Die etablierten Akteure wie Stadttheater, Museen und Kabaretttage machen so oder so ein gutes Programm. Andere hingegen, Kulturschaffende und Veranstaltende mit neuen Ideen, erleben es anders: Für sie ist die potenzielle Unterstützung durch die Stadt komplex und kaum durchschaubar, da die Zuständigkeiten sehr verzettelt sind und die Kulturperspektive nicht überall Priorität hat.

Darum heisst eine der wichtigsten Aufgaben für die künftige Fachstelle: Ansprechstation sein, Türen öffnen, mit Rat und Tat zur Seite stehen und die notwendigen Verbindungen herstellen: Wie kommen Kulturveranstaltende zu den Bewilligungen? Was gibt es an ganz praktischen Unterstützungen? Wie hat ein Finanzgesuch Chancen?

Die Fachstelle Kultur wird Verbindungen pflegen, zum Beispiel zu den Schulen, zu den Sport- und Freizeitvereinen oder zu Kulturfachstellen anderer Städte und beim Kanton. Eindeutig zulegen kann die Kulturstadt Olten zudem im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, vor allem mit dem Ziel, dass das reichhaltige Kulturschaffen auch ausserhalb der Region bekannter wird. Und nicht zuletzt wird die Fachperson für den Stadtrat die Entscheidungsgrundlagen ausarbeiten, etwa für künftige Kulturförderpreise oder neue Leistungsvereinbarungen.

«Setzt doch das Geld direkt für Kultur ein und nicht für eine Verwaltungsstelle», ist da und dort zu hören. Die Erfahrungen zeigen, dass es umgekehrt ist: Wo sich niemand prioritär um Kultur kümmert, sinken die Mittel. Auch fällt die Unterstützung durch Dritte geringer aus, zum Beispiel durch den Lotteriefonds. Die Fachstelle für Kultur kann jedoch als Generator wirken, darum am 4. März JA zur Fachstelle Kultur!

Das Initiativkomitee: Regina Graber, Daniela Hurni, Daniel Kissling, Matthias Kissling, Marion Rauber, Daniel Schneider, Felix Wettstein
